

kurz & bündig

Mutmaßlicher Islamist erhängt sich in seiner Zelle
 Ein mutmaßlicher Islamist, der seit Juni in Hamburg in Untersuchungshaft saß, ist am Mittwoch tot in seiner Zelle entdeckt worden. Nach ersten Erkenntnissen der Hamburger Justizbehörde hat sich der 40-Jährige erhängt. Anzeichen für Suizidabsichten habe es zuvor keine gegeben. Der Mann soll sich spätestens im November 2012 der El-Kaida-nahen Al-Nusra-Front angeschlossen haben. Ihm wurde vorgeworfen, an Kämpfen teilgenommen oder die Miliz dabei unterstützt zu haben. DPA

Altkanzler Schröder will bei Rosneft einsteigen
 Trotz harscher Kritik will Altkanzler Gerhard Schröder (SPD) das Angebot annehmen, in den Aufsichtsrat des russischen Ölkonzerns Rosneft einzuziehen. „Ich werde das tun. Es geht um mein Leben, und darüber bestimme ich – und nicht die deutsche Presse“, sagte Schröder am Mittwochabend bei einem Wahlkampfauftreten. Er wolle dabei mit-helfen, die Energiesicherheit Deutschlands und Europas zu sichern. Die Personalie hatte vor allem bei Union und Opposition Kritik ausgelöst. DPA

Maas besorgt über BKA-Datenspeicherung
 Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) hat mit Sorge auf einen Bericht über womöglich massenhafte, illegale Datenspeicherung beim Bundeskriminalamt (BKA) reagiert. Ausgangspunkt einer ARD-Recherche war der Entzug der Akkreditierung für 32 Journalisten beim G20-Gipfel in Hamburg, die teilweise auf fehlerhaften oder rechtswidrigen Daten beruhte. So sollen allein in der Fallgruppe „Innere Sicherheit“ des BKA aktuell 109 625 Menschen gespeichert sein. DPA

Zwei Millionen Pilger bei muslimischer Wallfahrt Hadsch


Unter strengen Sicherheitsvorkehrungen hat in der saudischen Stadt Mekka die muslimische Wallfahrt Hadsch begonnen. Nach offiziellen Angaben sind rund zwei Millionen Gläubige aus aller Welt in die für Muslime heilige Stadt gekommen, um an dem mehrtägigen Ereignis teilzunehmen. Am ersten Tag begaben sich die Pilger am Mittwoch gemäß Hadsch-Ritual zu dem Ort Mina östlich von Mekka, wo sie die erste Nacht in Zelten verbringen wollten. Etwa 100 000 Sicherheitskräfte sollen für einen störungsfreien Verlauf sorgen. DPA/FOTO: DPA

Nato schickt Beobachter zu umstrittenem Großmanöver
 Die Nato wird Beobachter zu dem umstrittenen Großmanöver der russischen und weißrussischen Streitkräfte schicken. Nach einer Prüfung der Einladung aus Moskau haben man entschieden, einen Experten zum Besuchertag in Russland zu entsenden, sagte Bündnissprecherin Oana Lungescu. Insgesamt zwei Experten sollten zu dem Besuchertag in Weißrussland reisen. Lungescu machte allerdings deutlich, dass die Einladung zu Besuchertagen nach Ansicht der Nato keinen Ersatz für eine offizielle Manöverbeobachtung nach den Regeln der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sein kann. DPA

Ungarn verlängert „Migrationsnotstand“
 Die ungarische Regierung hat den sogenannten „Masseneinwanderungs-Krisenfall“ um weitere sechs Monate verlängert. „Im Sommer hat sich erwiesen, dass sich die Terrorgefahr in Europa infolge der massenhaften Einwanderung erhöht hat“, sagte Regierungssprecher Zoltan Kovacs in Budapest. Der „Migrationsnotstand“ ist nun bis zum 7. März 2018 in Kraft. Zum ersten Mal hatte ihn die rechts-konservative Regierung von Viktor Orban im September 2015 ausgerufen. Damals waren in kurzer Zeit Zehntausende Flüchtlinge und andere Migranten durch Ungarn in Richtung West- und Nordeuropa gezogen. Inzwischen schottet Ungarn sich mit Zäunen und Sperrn an der Südgrenze sowie eingeschränkten Asylverfahren gegen Flüchtlinge ab. DPA

Für die Bundeswehr im Irak

Im Auslandseinsatz

Die Uffenheimerin Almuth G. bildet in Erbil Peschmerga-Soldaten im Kampf gegen den Islamischen Staat aus.

Von unserer Mitarbeiterin SABINE LUDWIG

Die Hitze und das Flimmern über der weiten gelben Ebene sind kaum auszuhalten. Das Thermometer zeigt 43 Grad Celsius. Der Himmel ist blau und wolkenlos. Erst am Abend wird es mit rund 30 Grad ein wenig kühler. Dann, wenn die Sonne im Spätsommer kurz vor 19 Uhr Ortszeit hinter dem Horizont verschwindet und die internationalen Truppen sich im Camp zum Abendessen treffen.

Unweit davon liegt das deutsche Lager mit 150 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. Der Frauenanteil mit rund zehn Soldatinnen ist zwar klein, aber beachtlich. Denn die meisten von ihnen haben Führungspositionen inne. Wie auch Almuth G. aus Uffenheim. Sie ist Einheitsführerin der sogenannten Military Training Unit (MTU). Zu dieser Einheit gehören 30 deutsche und sechs slowenische Ausbilder. Deren Auftrag ist es, die Peschmerga zu schulen. Von infanteristischer Ausbildung bis Erste Hilfe – die Lehrgänge sind vielseitig. Für den reibungslosen und koordinierten Ablauf ist Almuth G. verantwortlich.

14 000 kurdische Soldaten geschult

Die Bundeswehr gehört im nordirakischen Erbil zu einer internationalen Allianz, die die Peschmerga – die kurdische Armee – im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) ausbildet. Ziel dabei ist es, dass sie in Zukunft selbst eigene Strategien und Strukturen schaffen können. Verschiedene Staaten beteiligen sich an der Ausbildungsmission, denn ohne internationale Hilfe können sie den Kampf gegen die islamische Terrormiliz nicht bestehen. Es geht dabei um militärisches Know-how, Ausrüstung und humanitäre Hilfsgüter.

Seit Beginn des ersten Einsatzes im Januar 2015 wurden mehr als 14 000 kurdische Soldaten und auch Soldatinnen geschult: Im Umgang mit Waffen, Erster Hilfe, die Beseitigung von Sprengfallen und, was angesichts der Bedrohung durch chemische Waffen immer brisanter wird, auch in der ABC-Abwehr.

Almuth G. trainiert eine kleine Gruppe weiblicher Peschmerga. Sie zeigt, wie sie sich beim Klettern verhalten sollen. Dadurch werden Verbundenheit und Vertrauen zueinander gefördert.



Zeigen den weiblichen Peschmerga-Offizieren, dass eine Zusammenarbeit auch zwischen den Geschlechtern gut funktioniert: Hauptmann Almuth G. (links) und Stabsgefreiter André C. FOTO: ENRIC BOIXADÓS

der gefördert. Das soll auch zu einer Festigung im Umgang mit den lokalen männlichen Kameraden und zu mehr Selbstsicherheit führen. „Die Frauen haben sich ganz bewusst für die Armee entschieden. Da ist keine dabei, die nicht weiß, warum sie es macht.“ Auffallend ist, dass sich meistens Kurdinnen aus der Mittelschicht engagieren.

Die Uffenheimerin hat sich bewusst für die Bundeswehr entschieden. Mittlerweile trägt sie den Dienstgrad Hauptmann. „Ich wollte schon immer die Welt sehen und etwas bewegen. Und das Ganze mit Sport in Verbindung bringen“, betont die 29-Jährige. „Nur am Schreibtisch sitzen wollte ich nie. Da war die Bundeswehr für mich das Richtige.“

Klettern als vertrauensbildende Maßnahme

Seit 2008 ist sie Soldatin bei den Gebirgsjägern. Wandern und Skifahren sind für sie zwei Besonderheiten, die den Dienst in der Kaserne in Bischofswiesen am Königssee so

attraktiv machen. „Meine Entscheidung für die Bundeswehr bereue ich nicht.“

Stabsgefreiter André C. ist Kampfmittelaufklärer. Almuth G. ist seine Vorgesetzte. Gemeinsam haben sie das Klettertraining gemacht. „So sehen die weiblichen Peschmerga-Offiziere, dass auch eine Zusammenarbeit zwischen den Geschlechtern gut funktioniert. Denn gerade beim Klettern muss man sich auf den anderen absolut verlassen können.“

Die Mittelfränkin mag die Zusammenarbeit mit den kurdischen Soldatinnen. „Im Gespräch mit ihnen nehme ich viel mit, auch für mich persönlich.“ Selbst wenn der Frauenanteil unter den lokalen Offizieren noch jung und sehr gering ist. „Älter als 30 ist keine von ihnen.“

Und was die Männer und Frauen angeht, so muss sie sich an das langsame Tempo gewöhnen. „Auch wenn sie später als vereinbart zum Unterricht kommen“, erklärt Almuth G., „aber dann sind sie auch da. Und zwar mit vollem Einsatz!“ Die Übungen finden außer-



halb von Erbil statt, auf dem Gelände der kurdischen Gendarmerie, den sogenannten Zerevani, deren Mitglieder ebenfalls an den Trainings teilnehmen.

Anfang September wird die Fränkin wieder in Deutschland sein. Auf den Besuch zu Hause in Uffenheim freut sie sich schon jetzt. Denn es wird viel zu erzählen geben.

Walter Kohl und der Tod des Vaters

Der Sohn des Altkanzlers schafft Klarheit in einem Fernseh-Interview

Von unserem Mitarbeiter JOACHIM BOMHARD

AUGSBURG Er erfuhr vom Tod seines Vaters neun Stunden danach aus dem Autoradio, als er gerade völlig entspannt aus einem Kurbad im Taurus kam. Er durfte das Elternhaus nicht gemeinsam mit seinem Sohn und seiner Nichte betreten, damit die Enkel vom Großvater Abschied nehmen können: Hausverbot. Er war auch machtlos, als über ihn hinweg entschieden wurde, dass der Vater auf einem Friedhof in Speyer beerdigt werden sollte – und nicht in dem Grab in Ludwigshafen, wo dessen erste Frau Hannelore liegt und dessen Eltern, wo der jetzt gestorbene Vater entscheidend an der Auswahl des Grabsteins mitgewirkt hat.

Erstmals spricht Walter Kohl, 54, öffentlich über jene Tage im Juni, als Altkanzler Helmut Kohl starb und der jahrelang schwelende Familienkonflikt mit dessen zweiter Ehefrau Maïke Richter-Kohl nochmals offen zum Vorschein kam. Zehn Wochen hat er sich Zeit gelassen, hat Dutzende von Interviewanfragen abgewiesen. Am späten Dienstagabend aber sitzt Walter Kohl spürbar entspannt, ja teilweise fröhlich und bewegt zugleich wirkend bei „Markus Lanz“ im ZDF-Studio und sagt: „Er ist tot. Und dieser Tod ist okay.“ Walter Kohl lässt durchklingen, dass er selbst die Öffentlichkeit gesucht hat im Einvernehmen mit seinem Bruder, seiner Frau und seinem Sohn.

Ja, es gehe ihm „wieder gut“, sagt er. Jetzt will Walter Kohl Klarheit schaffen, Fakten statt Spekulation. Er sucht die innere Distanz zu den Vor-

gängen rund um jenen 16. Juni, als Helmut Kohl starb. Für ihn ist unwichtig, wie man sich über gewisse Details empört oder erregt. Entscheidender sei es doch, wie man in zehn Jahren darüber denkt.

Natürlich wird er dennoch danach gefragt, wie das an diesem Freitag war. Er wusste von Bekannten vom kritischen Gesundheitszustand Helmut Kohls. Aber, so sagt er bei Lanz: „Ich wusste nichts in dem Sinne: Es geht dem Ende zu.“ Die Todesnachricht hat ihn also überrascht. Binnen Sekunden entscheidet er, persönlich vom Vater Abschied nehmen zu wollen. Knapp zwei Stunden später ist Kohl beim Elternhaus in Ludwigshafen-Oggersheim. Er weiß, dass es schwierig wird. Polizei stellt sich ihm in den Weg. Aber: „In manchen Situationen muss man einfach mal mar-



Walter Kohl, Sohn des verstorbenen Altkanzlers FOTO: DPA

schieren“, sagt Walter Kohl. Etwas, „das uns Papa mitgegeben hat“.

Am Haus angekommen öffnet ihm der ehemalige „Bild“-Chefredakteur Kai Diekmann die Tür. Warum gerade er? Kohl: „Das müssen Sie ihn selbst fragen.“ Er geht durch die vertraute Eingangshalle ins Wohnzimmer, wo der Kanzler aufgebahrt liegt. Auf der anderen Seite des Bettes stehen die Witwe Maïke Richter-Kohl und eine Reihe ihm unbekannter Personen. Walter Kohl, so erzählt er es, ergreift die Hand des Vaters und nimmt Abschied. Doch entscheidender ist für ihn zu spüren: „Es ist Frieden.“ Und noch etwas sagt er ihm: „Papa, wir sehen uns woanders wieder.“

Ein paar Tage später steht er mit seinem Sohn und seiner Nichte vor verschlossenen Türen. Sie hätten ein „Hausverbot“, was Kohl als „ziemlich kindisch“ bewertet; genauso wie den Vorwurf des Anwalts seines Vaters, Stephan Holthoff-Pförtner, einen Eklat inszeniert zu haben.

Inzwischen war Walter Kohl auch am Grab in Speyer. An den Trauerfeierlichkeiten haben er und seine Angehörigen ja nicht teilgenommen. Das sei keine Absage an den Vater gewesen, sondern an die Situation: „Ich mache diese Inszenierung nicht mit.“ Das videoüberwachte Grab ist von einem grünen Gartenzaun umgeben. „Ich finde es unwürdig in Bezug auf meinen Vater“, sagt er. „Ich finde es aber auch ehrlich in Bezug auf die Verhaltensweisen von Maïke: Dieses Ausgrenzen, Abgrenzen, Kontrollieren. Das kommt sehr gut durch.“ Er selbst habe für sich entschieden: „So will ich auf keinen Fall sterben und beerdigt werden.“

Die Einreise vereinfachen

Westbalkan-Regelung auch für Arbeiter aus Afrika

BERLIN (dar) Im aktuellen Wahlkampf sind auch die Themen Flüchtlinge und Zuwanderung wieder präsent. CDU und CSU fordern diesbezüglich in ihrem gemeinsamen Parteiprogramm ein Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz. Das solle es, wie Horst Seehofer im Interview mit der Redaktion angab, vor allem Menschen aus Staaten in Nordafrika vereinfachen, als Fachkräfte nach Deutschland zu kommen. Die Idee orientiert sich an einer ähnlichen Regelung, die es bereits für Staaten des Balkans gibt. Durch diese kamen bisher 31 500 Arbeiter nach Deutschland.

Seit dem 1. Januar 2016 können Bürger aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien einfacher zum Arbeiten nach Deutschland kommen. Diese sogenannte Westbalkan-Regelung wurde mit der „Verordnung zum Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“ eingeführt und gilt vorerst bis zum 31. Dezember 2020, wie Annegret Korff, Sprecherin des Bundesinnenministeriums, mitteilte. Der Grund: Nur wenige Bürger der Westbalkan-Staaten haben einen Asylanspruch. „In den Jahren 2014 und 2015 war ein erheblicher Anstieg der Asylanträge aus den Westbalkanstaaten zu verzeichnen, wobei die Ursache für den Anstieg insbesondere in den wirtschaftlichen und sozialen Problemen, nicht jedoch in einer asylrelevanten Verfolgung zu sehen war“, so Korff.

Mit der Westbalkan-Regelung sollte ein neuer Weg geschaffen werden, legal Fachkräfte aus diesen Ländern nach Deutschland zu holen und gleichzeitig die Zahl der Asylverfahren

zu verringern. Doch wie genau funktioniert das? „Die Bürger der betroffenen Balkanstaaten können so für jede Beschäftigung, unabhängig von der Qualifikation, eine Aufenthaltserlaubnis erhalten“, erklärt Korff. Wichtig sei, dass sie von dem Lohn, den sie erhalten, ohne Zuschüsse leben können. Außerdem brauchen die Betroffenen ein verbindliches Arbeitsplatzangebot oder sogar schon einen Arbeitsvertrag für eine Beschäftigung in Deutschland. Damit können sie dann ein Visum beantragen.

Dafür müssen die Antragssteller strikte Vorgaben erfüllen. So dürfen diejenigen, die zum Arbeiten nach Deutschland kommen wollen, in den letzten 24 Monaten vor Antragsstellung keine Asylerleistungen in Deutschland bezogen haben. Einzige Ausnahme davon: Wenn die Betroffenen zwischen dem 1. Januar und dem 28. Oktober 2015 Asylerleistungen bezogen haben und nach Eintreten der Westbalkan-Regelung direkt ausgereist sind, können sie trotzdem zum Arbeiten zurückkommen.

Auch für den angestrebten Job gibt es Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen. So darf es etwa keine „bevorrechtigten Arbeitnehmer in Deutschland“ für die Stelle geben, so Korff. Das heißt, wenn Deutsche, EU-Ausländer oder anerkannte Flüchtlinge die Stelle besetzen können, haben diese Vorrang. Außerdem müssen die Arbeitsbedingungen denen von Deutschen in vergleichbaren Anstellungen entsprechen. Die Fachkräfte müssen also etwa gleichviel verdienen und ähnliche Arbeitszeiten oder Urlaubsansprüche haben.